



Hass im Netz ist kein Kavaliersdelikt. Hass im Netz kann strafbar sein – und muss im Sinne des guten Miteinanders in unserer demokratischen Gesellschaft konsequent verfolgt werden. Hier setzt die Initiative „Justiz und Medien – konsequent gegen Hass“ an.

Die Idee dahinter: Für die Verbreitung von Hass und Hetze werden vielfach die Social-Media-Kanäle von Medienunternehmen genutzt. Wir wollen diese dabei unterstützen, in einem effizienten Verfahren leichter Strafanzeige gegen Hasspostings stellen zu können. Löschen allein ist hier nicht die Lösung.

Die Bayerische Landeszentrale für neue Medien (BLM) nimmt mit der Initiative nicht zuletzt ihre besondere Verantwortung gegenüber den privaten Radio- und TV-Sendern im Freistaat wahr. Alle gemeinsam setzen wir ein Signal für Meinungsfreiheit und gegen Hass, Antisemitismus und Volksverhetzung im Netz.

Mehr als 100 Medienhäuser im Freistaat haben sich der Initiative bereits angeschlossen. Ein Zeichen dafür, wie hoch der Bedarf ist. Machen auch Sie mit und sagen auch Sie Nein zu Hass und Hetze im Netz! Denn je mehr mitwirken, desto größer ist auch die präventive Wirkung der Initiative.

Siegfried Schneider
Präsident der BLM

HERAUSGEBER



Bayerische Landeszentrale für neue Medien (BLM)

Medienkompetenz und Jugendschutz
Heinrich-Lübke-Straße 27 | 81737 München
Tel. (0 89) 63 808 278
konsequentgegenhass@blm.de



Bayerisches Staatsministerium der Justiz

Bayerisches Staatsministerium der Justiz (StMJ)

Justizpalast am Karlsplatz
Prielmayerstraße 7 | 80335 München (Hausanschrift)
oder 80097 München (Postanschrift)
Tel. (089) 55 97 01 | poststelle@stmj.bayern.de

Verantwortlich

Verena Weigand | Birgit Braml

Redaktion

Laura Wiegatz | Elke Hesse

Stand: Dezember 2020

Fotos: Titel, Innenseite iStockphoto

Justiz & Medien KONSEQUENT GEGEN HASS

Eine Initiative des
Bayerischen Staatsministeriums
der Justiz und der
Bayerischen Landeszentrale
für neue Medien



Hass und Hetze im Netz vergiften das gesellschaftliche Klima und unterdrücken die Meinungsfreiheit anderer, die ihre Meinung aus Sorge vor hasserfüllten Reaktionen gar nicht erst äußern. Wer Demokratie, Meinungs- und Pressefreiheit schützen will, muss strafbaren Hass bekämpfen. Gegen solche Bedrohungen und Anfeindungen geht unser Rechtsstaat entschieden vor. Unser Rechtsstaat muss stark sein – auch im Internet.

Die bayerische Justiz verfolgt Straftaten im Netz konsequent. Voraussetzung dafür ist, dass die Strafverfolgungsbehörden Kenntnis über strafbare Inhalte erhalten. Daher ist es wichtig, dass gerade Medienunternehmen strafbare Hasskommentare nicht nur löschen, sondern diese auch an die Justiz melden. Dafür haben wir mit unserer Initiative „Justiz und Medien – konsequent gegen Hass“ ein einfaches Online-Verfahren entwickelt.

Mit unserer Initiative können wir Personen, die strafbare Hasskommentare verfassen, noch wirksamer verfolgen. Zudem wird mit jedem Ermittlungserfolg auch eine abschreckende Wirkung auf Täter erzielt und das Signal gesendet: Das Internet ist kein rechtsfreier Raum.

Georg Eisenreich, MdL
Staatsminister der Justiz

NEIN!

zu Hass und Hetze

Die Bayerische Landeszentrale für neue Medien (BLM) und das Bayerische Staatsministerium der Justiz (StMJ) haben gemeinsam die Initiative „Justiz und Medien – konsequent gegen Hass“ ins Leben gerufen. Die Initiative richtet sich an private und öffentlich-rechtliche Medienunternehmen in Bayern.

JA!

zur Meinungsfreiheit

Ziel der Initiative ist es, jede Person, die strafbare Hassrede verbreitet, schnell strafrechtlich verfolgen zu können. Hasskommentare sollen von den Redaktionen nicht nur gelöscht, sondern den Strafverfolgungsbehörden gemeldet werden. Zentraler Ansprechpartner für die Meldungen ist der Hate-Speech-Beauftragte der bayerischen Justiz. Dieser ist bei der Zentralstelle zur Bekämpfung von Extremismus und Terrorismus (ZET) bei der Generalstaatsanwaltschaft München angesiedelt.

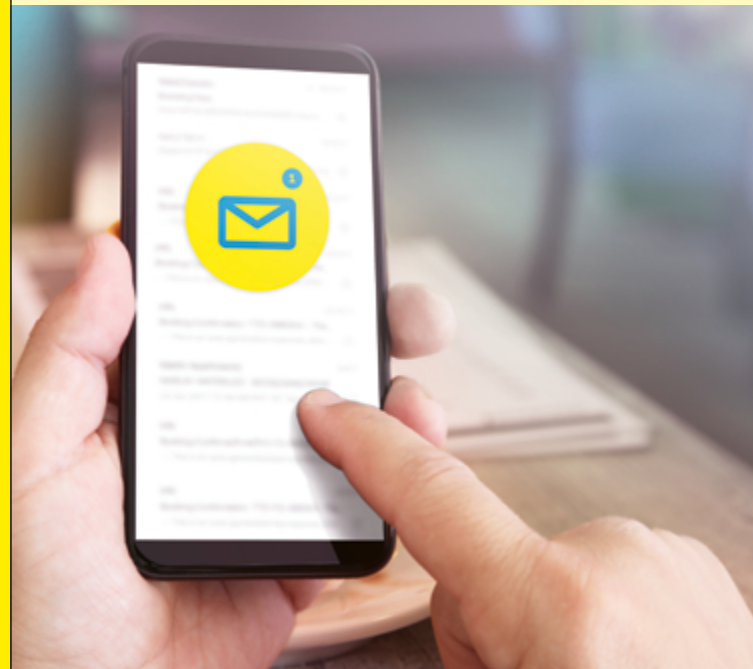
Den Medienredaktionen wird dafür ein einfaches und effizientes Verfahren an die Hand gegeben. Die Prüfbitte, mit der Hate Speech gemeldet wird, ist ein elektronisches Formblatt, das ohne großen Aufwand ausgefüllt werden kann.

WIE FUNKTIONIERT DAS?

Interessierte Medienunternehmen melden sich bitte unter konsequentgegenhass@blm.de. Pro Redaktion werden ein bis zwei Personen benannt, die strafbare Hassrede melden sollen.

Diese Kontaktpersonen werden von der BLM und der Generalstaatsanwaltschaft München zu einer Schulung eingeladen. Inhalt der Schulung ist die Erläuterung des Online-Verfahrens sowie die rechtliche Einordnung von Hate Speech.

Die Kontaktpersonen erhalten zur Übermittlung der Prüfbitten Zugang zu der Projektcloud. Der Dienst kann auch über mobile Lösungen wie Smartphones, Tablets etc. genutzt werden.



WIE WIRD HATE SPEECH GEMELDET?

EIN TYPISCHER ABLAUF.

1. Das Medienunternehmen wird auf ein möglicherweise strafbares Hassposting aufmerksam.



2. Die Kontaktperson des Medienunternehmens füllt die Prüfbitte aus.

3. Die Prüfbitte wird mit Anlagen (z.B. Screenshots) online in die Projektcloud übermittelt.



§ 4. Der Hate-Speech-Beauftragte bei der Generalstaatsanwaltschaft München untersucht die Prüfbitte auf strafrechtliche Relevanz.

5. Bei Verdacht auf eine Straftat wird die Polizei mit den erforderlichen Ermittlungen beauftragt.



6. Das Medienunternehmen, das die Prüfbitte übermittelt hat, wird über den Verfahrensausgang informiert.



MACH MIT!

TEIL DER INITIATIVE WERDEN

Jedes Medienunternehmen, vorrangig mit Sitz in Bayern, kann Teil der Initiative „Justiz und Medien – konsequent gegen Hass“ werden.

Das geschieht entweder, indem es als **aktiv beteiligtes Unternehmen** Kontaktpersonen für die Generalstaatsanwaltschaft München benennt und einen Zugang zur Projektcloud erhält

und/oder

durch die **Unterstützung mit einem Firmenlogo** auf unserer Website als klares Zeichen gegen Hass und Hetze.

Bei Fragen zur Initiative wenden Sie sich gerne an konsequentgegenhass@blm.de

Mehr Informationen erhalten Sie unter www.konsequent-gegen-hass.de